

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags — Preis Nr. 11 u. 28. Postfachkonto Leipzig 23464. — Gemeindefachkonto 14. Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigniederlassung Hohenstein-Ernstthal. — Anzeigen sind eingetragene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einblendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konturien, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Verlagsanstalten — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güntergrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Tirschnitz, Ruchsnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 99

Der Raum des Blattmeters der einseitigen Anzeigen-
alle Folien 7 Bl. der einseitigen Anzeigen 21 Bl.
Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Montag, den 29. April 1929

Bezugspreis halbjährlich 90 Goldpfennige
einschließlich Frachtkosten.

79. Jahrg.

Die Maske ist gefallen Ausklosterung der Genfer Verhandlungen

Eigene Meldung

Berlin, 28. April

Die Vorgänge in der Genfer Abrüstungs-
konferenz werden in Berliner politischen
Kreisen mit wachsender Unruhe verfolgt.
Es hat sich aus der Debatte der letzten Tage
ergeben, daß nunmehr alle Mächte sich zu einer
Einheitsfront gegenüber Deutschland

zusammengesunden haben. Diese Einheitsfront
bedeutet praktisch eine Verewigung des gegen-
wärtigen Zustandes der Rüstungsungleichheit.

Der Kernpunkt der bisherigen Streitigkeiten,
lag in der Frage, ob und in welchem Maße die
militärischen Reserven, das heißt die
ausgebildeten Mannschaften in Ländern mit all-
gemeiner Wehrpflicht, angerechnet werden sollen.
England und Amerika hatten wieder den alten
Standpunkt vertreten, der den deutschen Be-
dürfnissen etwas entgegenkam. Frankreich da-
gegen lehnte jede Berücksichtigung der militäri-
schen Reserven bei der Vergleichung der
Rüstungsstärken von vornherein ab. Es hat sich
jetzt herausgestellt, daß

der französische Standpunkt auf der ganzen
Linie den Sieg davontrug.

Gründe, um solches Verhalten und solche Schwän-
kung vorzuziehen, gibt es schon genug.
Vor allen zieht man sich darauf zurück, daß die
Berechnung der militärischen Reserven ungeheuer
kompliziert wäre. Die Tatsache, daß nunmehr
England und Amerika die militärischen Hege-
moniebestrebungen unterstützen, bedeutet einen
völligen Wandel in der politischen Lage.
Früher hatte England ab und zu den schwäch-
lichen Versuch unternommen, das machtpolitische
Weiterstreben Frankreichs auf dem europäischen
Festlande zu hemmen. Jetzt darf Frankreich mit
Englands und Amerikas Zustimmung auf dem
Landee rüsten, soviel es will, da diese großen
Seemächte ihr Hauptinteresse auf die sogenannte
Flottenrüstung konzentriert haben.

Für Deutschland ist diese Entwicklung der Ge-
samtlage von ausschlaggebender Bedeutung.
Graf Bernstorff, der als deutscher Vertreter
bei den Abrüstungsverhandlungen das Mög-
liche getan hat, um durch die Sabotageversuche
der anderen Mächte hindurch zu klaren Frage-
stellungen und Antworten zu gelangen, sah sich
jetzt doch zu der Feststellung genötigt, daß
das Ergebnis der gesamten Abrüstungsarbeit
für Deutschland in Frage gestellt

ist. Deutschland hatte seine Mitarbeit in der Ab-
rüstungskonferenz darauf eingestellt, daß in lo-
gischer Entwicklung des Völkerverständnisses
auf dem Kompromißwege allmählich eine Annä-
herung in dem Rüstungsstande der Völker gefun-
den werden könnte. Die Aussicht auf die Ver-
wirklichung dieses Zieles ist jetzt nicht mehr vor-
handen. Mit brutaler Offenheit erklären die
Franzosen, daß an dem gegenwärtigen Zustande
der Rüstungsungleichheit nichts geändert werden
solle. Gerade in diesem Punkte zeigt sich viel-
leicht am allerdeutlichsten, wie sehr Deutschland
durch das Versailler Diktat außerhalb der Gesetze
gestellt worden ist.

Immer wieder erhebt sich die Frage, ob
Deutschland unter solchen Umständen überhaupt
noch weiter an den Abrüstungsverhandlungen
teilnehmen soll oder ob nicht viel-
mehr für die Entwicklung des Abrüstungsgeban-
kens und für die internationale Stellung
Deutschlands ein klarer Bruch vorzuziehen
wäre. Auf dem jetzt beschrittenen Wege scheint
ein Erfolg nicht mehr erzielt werden zu
können. Statt dessen könnte man vielleicht ein
solches Recht der Zukunft damit begründen, daß
man jetzt in einer feierlichen Rechtsverwahrung
die Frucht der Abrüstungsbestimmungen des Ver-

Eine neue Inflation unmöglich

Unbegründete Gerüchte über Gefährdung der deutschen Währung

Stoische Ruhe

Prag, 28. April

Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus
Berlin:

Auf eine Anfrage, ob eine Möglichkeit der In-
flation in Deutschland oder irgend einer ernsten
Erschütterung der deutschen Währung gegeben
sei, ist von äußerster autoritativer, der Transfer-
abteilung der Reparationskommission sehr
naheste Stelle, kategorisch erklärt worden,
daß eine solche Möglichkeit vollständig aus-
geschlossen sei.

London, 28. April

Die Blätter heben in Berliner Telegram-
men die vollkommene Grundlosigkeit der
Besorgnisse wegen der Stetigkeit der Reichs-
mark hervor. Reuter meldet aus Berlin, daß in
dortigen Bankkreisen an einen konzentrischen An-
griff auf die Stabilität der deutschen Währung
aus einer auswärtigen Hauptstadt, wahr- scheinlich
Paris, geglaubt wird. In Kreisen, die in enger
Führung mit dem Büro des Generalagenten für
Reparationen stehen, wurde kategorisch erklärt,
daß eine neue Inflation in Deutschland
oder selbst eine ernste Gefährdung der deutschen
Währung vollkommen unmöglich sei. Die
deutsche Währung sei durch Gesetz fest errichtet,
daß ein solches Ereignis nicht eintreten könnte.

"Sunday Times" berichtet aus Berlin: Die
Erregung im Ausland über die Lage der deut-
schen Mark hat keinerlei beunruhigende Wirkung

in Deutschland hervorrufen können, und die
Reichsbank sowie die führenden Berliner Ban-
ken behalten eine stoische Ruhe. Der vor-
gegriffene Angriff auf die deutsche Währung wurde
rasch als politisches Manöver erkannt. Man
fühlte, daß ein Versuch unternommen wurde,
Deutschlands Haltung gegenüber der Repara-
tionsfrage zu erschüttern und auch, daß der Ver-
such innerhalb sehr weniger Tage fehlschlagen
müßte. Die deutschen Banken und Finanzleute ha-
ben volles Vertrauen in den Willen und die Frö-
higkeit der Reichsbank und ihres Präsidenten Dr.
Schacht, die Stabilität der Mark aufrechterhal-
ten.

Auch „Observer“ betont in einem Berliner Be-
richt, daß die neue „Marktsucht“ vollkommen un-
gerechtfertigt war. Der Korrespondent des Blat-
tes schreibt: Während der gesamten Verhandlung-
en in Paris genoh Schacht das volle Vertrauen
des Landes bezüglich seiner Schätzung der Sum-
men, die Deutschland zahlen kann.

Schacht wieder in Berlin

Eigene Meldung

Berlin, 28. April

Aus der Tatsache, daß der Reichsbankprä-
sident von den Pariser Verhandlungen nochmals
zu Besprechungen nach Berlin zurückgekehrt ist,
wird besonders in der französischen Presse neuer-
dings geschlossen, daß sich wiederum Mögliche-
keiten einer Einigung in der Repara-
tionsfrage gezeigt hätten. Ein Pariser Blatt

deutet eine solche Einigung in der Richtung an,
daß Schacht nun doch noch hundert Millionen
mehr im Jahre als deutsche Zahlungen annehmen
könnte und daß die Jahreszahlungen in ihrer Ge-
samtheit um etwa 10 vermehren würden.

In Berliner politischen Kreisen hält man es
aber für ausgeschlossen, daß der Reichsbankprä-
sident sich auf einen solchen Vorschlag einlassen
könnte, da schon die 1650 Millionen Mark als
jährliche Zahlung die gegenwärtige deutsche Lei-
stungsfähigkeit weit übersteigen. Immerhin sind
sicherlich hinter den Pariser Kuliszen neue Be-
sprechungen und Vorschläge zustande gekommen,
die den Reichsbankpräsidenten vor der Abfassung des
Schlußberichtes zu einer neuen informativischen
Fühlungnahme mit den Berliner Stellen veran-
laßt haben.

Zwischen Dr. Schacht und der Regierung haben
bisher laut „Montag“ noch keine Ver-
handlungen stattgefunden. Auch in der
Reichsbank waren noch keine Besprechun-
gen angelegt, so daß sich die frühere Abreise des
Reichsbankpräsidenten aus Paris wohl aus rein
persönlichen Gründen erklärt. Dr. Schacht wird
frühestens am Mittwoch abend Berlin wieder
verlassen, da er noch am Mittwoch an den Ver-
handlungen des Generalkrates der Reichsbank
teilnimmt. Von den Beratungen der Reichsbank
sind offizielle Erklärungen über die Festig-
keit der deutschen Währung und gegen-
über die von Frankreich betriebenen Maßnahmen
gegen die deutsche Mark zu erwarten.

Das Agrarprogramm des Reichsernährungsministers

Ueberschwemmung des deutschen Marktes durch das Ausland — Förderung der Produktion und der Standardisierung — Völlig unzulängliche Viehpreise

Der gute Wille des Staates

Leipzig, 28. April

Als Auftakt zur Tagung des Reichs-Partei-
ausschusses der Deutschen Demokrati-
schen Partei trat am Sonnabend der
Agrarausschuß zusammen, um das demo-
kratische Aktionsprogramm für die Landwirt-
schaft zu beraten. Sie wurde durch eine pro-
grammatische Rede des Reichsernährungsmini-
sters Dietrich zu den Notforderungen der Land-
wirtschaft eingeleitet.

Minister Dietrich

führte u. a. aus: Die Lage nach dem Kriege sei
gekennzeichnet durch den gewaltigen Gegensatz
zwischen Mangel an Lebensmitteln in
den ersten Nachkriegsjahren, der Unmöglichkeit,
diese Lebensmittel mit dem schlechten deutschen
Gelde im Ausland zu kaufen und der gegenwärtigen
Ueberschwemmung des deutschen
Marktes durch das Ausland, obwohl große
Lieferanten der Vorkriegszeit, Rußland und
Rumänien, ausgefallen sind. Es wäre falsch zu
glauben, daß allein in der Getreide- und Groß-

vieh-Wirtschaft das Heil und die Genesung zu
suchen wären. Wenn unser Auslandsbedarf an
Weizen 2 Millionen Tonnen betrage, so be-
deute das ohne Zoll noch nicht einmal 400 Mil-
lionen Mark, und mit dem Weizen zusammen,
der im Inland an den Markt komme, handele es
sich vielleicht um 900 Millionen. Schon die
Eierneinfuhr erfordere fast ebenso große
Mittel wie die Weizeneinfuhr, und der Wert der
Kleinerprodukte der Landwirtschaft betrage
mehr als 2 Milliarden Mark und komme damit
dem Wert der gesamten Körnererzeugung in
Deutschland nahe. Für die häuerliche Wirtschaft
sei in der Regel die Produktion an Milch und
an Schweinen entscheidend. Wenn wir 20
Millionen Schweine verbrauchen, so repräsentieren
diese bei einem Preis von 70 Mark für den
Zentner Lebendgewicht etwa 2,8 Milliarden
Mark, und ein Verlust von 10 Pfennig am
Pfund bedeute 400 Millionen. Wenn aber die
Landwirtschaft in Deutschland für 3 Milliarden
Mark Milch zu durchschnittlich 16 oder 17 Pfennig
absetze, so bedeute eine Verbesserung von
einem Pfennig über 180 Millionen Mark.
Gegenwärtig stehe wieder einmal die Zoll-

politik im Vordergrund. In vielen Fällen könn-
ten aber die Zölle allein nicht helfen.

Notwendig sei vor allem die Produktions-
förderung und -umstellung sowie die Förde-
rung der Standardisierung,

die in den Aufgabekreis des gegenwärtigen
Agrarprogramms des Ministeriums weitest-
gehend einbezogen sei. Auf dem großen Gebiet
der Milchwirtschaft bezeichne der Red-
ner als das Kernstück des Milchgeschäftes, das dem-
nächst dem Reichstag vorgelegt werde, die Schaff-
ung einer standardisierten Milch in Form der
Markenmilch,

die auch die Milch der breiten Massen werden
solle und werde. Der Milchpreis werde aller-
dings vielfach vom Butterpreis beeinflusst, und
insoweit sei die Förderung nach einem Erzieh-
ungszoll für Butter begründet. Im Absatz von
Obst und Gemüse sowie von Eiern und Geflügel
seien im vergangenen Jahre bemerkenswerte
Fortschritte gemacht worden. Auf allen diesen
Gebieten könne das Ministerium für sich in An-
spruch nehmen, daß, soweit seine Kräfte und Mit-
tel reichen, nichts veräuert und darüber hinaus

sailler Vertrages durch die anderen Mächte fest-
stellt. Zu verlieren hat jedenfalls Deutschland
bei den sogenannten Abrüstungsverhandlungen
in Genf nicht mehr das geringste. Ein praktischer
Erfolg wird ihnen nie beschieden sein, nachdem
Frankreich durch die Seemächte die volle Garan-
tie für seine Landrüstungen erhalten hat. Einen
moralischen Erfolg aber kann Deutschland viel-

leicht einmal für sich buchen, wenn es die Ab-
rüstungsheuchelei der anderen Mächte vor der ge-
samten Welt in ein helles Licht rückt. Denn
schließlich ist der Wunsch der Völker nach gemein-
schaftlicher wirtschaftlicher Wiederaufbauarbeit
ein Faktor, mit dem heute sogar Staatsmänner
der Ententestaaten rechnen müssen, um so
mehr, als sie die Gefahren einer

neuen kriegerischen Verwicklung für die
Zukunft Europas genau so gut kennen wie wir.
Und in diesem waffenstarrenden Europa bildet
das waffenlose Deutschland geradezu eine Kriegs-
gefahr, da es sozusagen nach einem physikalischen
Gesetz der Kriegsausplung der Zukunft sein
müßte.